

Schriftliche Frage der Abgeordneten Nicole Höchst,  
vom 5. März 2021  
(Monat März 2021, Arbeits-Nr. 3/99)

---

Frage:

*Um welche zivildemokratischen Protestbündnisse handelt es sich, von denen die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 19/26440 spricht (bitte auflisten.)?*

Antwort:

Bei der Beteiligung an überwiegend zivildemokratischen Protestbündnissen von Linksextremisten handelt es sich um ein anlassbezogenes und regional ausgerichtetes Vorgehen. Der Bundesregierung liegen daher keine konkreten Erkenntnisse vor, die die Zusammensetzung und Struktur der zivildemokratischen Protestbündnisse im Einzelnen bestimmen können, an denen Linksextremisten Anschluss suchen.

Es ist kennzeichnend für das Vorgehen von Linksextremisten, dass sie versuchen, ihre eigenen Einflussmöglichkeiten auszuweiten und neue Anhänger zu gewinnen. Dabei ist es ein typisches strategisches Vorgehen von Linksextremisten, ihre linksextremistischen Positionen in den gesamtgesellschaftlichen Kontext einzubetten und zugleich den zivildemokratischen Protest um eine militante Komponente zu ergänzen. Ihr Handeln ist dabei vom Bemühen getragen, gesellschaftliche Proteste im eigenen ideologischen Sinne zu instrumentalisieren und zu radikalieren. Die Corona-Demonstrationen wurden von der linksextremistischen Szene als „faschistisch beeinflusst“ bewertet, so dass sie sich im Rahmen ihres Aktionsfelds „Antifaschismus“ zum einen an zivildemokratischen Protestbündnissen beteiligte und unter die Teilnehmer der Gegenproteste mischte. Zum anderen begingen gewaltbereite Linksextremisten im Rahmen ihres „antifaschistischen Kampfs“ vor, nach oder im Umfeld der Corona-Demonstrationen Straf- und Gewalttaten gegen Teilnehmer der Veranstaltungen.